

„Weg mit Speidel“

Von unserem Redaktionsmitglied
Christina Zäpfel

Bruchsal. Jetzt werden wieder Forderungen laut: Die General-Dr.-Speidel-Kaserne in Bruchsal soll umbenannt werden – das findet zumindest eine Gruppierung namens „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg“.

In einer Presseerklärung der Kreisvereinigung bezweifelt man die Aussage, dass der einstige Wehrmachtsgeneral Hans Speidel tatsächlich im Widerstand gegen Hitler tätig war. „Das ist sicherlich historisch falsch“, glaubt die Organisation zu wissen.

Zuletzt lebte die Debatte um die Kaserne auf dem Eichelberg auf, als im Mai die Bruchsaler Friedensinitiative diese Frage aufwarf. Vorausgegangen waren rechtsextreme Vorfälle in anderen Kasernen – erst vergangene Woche wurde ein Fall publik um derlei Missstände unter KSK-Soldaten.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes bezieht sich auf die damalige

Umbenennung der Kaserne gefordert

Zusage von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die Truppe solle nach innen und außen stärker signalisieren, dass man nicht in der Tradition der Wehrmacht stehe. „Hans Speidel war unstrittig am Widerstand um Claus Schenk Graf von Stauffenberg beteiligt“, hatte der Historiker und führende deutsche Widerstandsexperte Johannes Tuchel gegenüber den Badischen Neuesten Nachrichten bereits im Mai erklärt. Tuchel leitet in Berlin die Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Sowohl die Friedensinitiative als auch die Vereinigung der Verfolgten kritisieren allerdings Speidels als problematisch empfundene Rolle in der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs. Bisher sah die Bundeswehrführung in Bonn allerdings keine Veranlassung, die Bruchsaler Speidel-Kaserne umzubenennen.

Die Organisation fordert in ihrer Erklärung im Übrigen nicht nur die Umbenennung in Eichelbergkaserne, sondern gar die Auflösung des Bundeswehrstandorts. Das allerdings scheint umso unrealistischer als die Kaserne gerade für rund 70 Millionen Euro saniert, erneuert und erweitert wird. Bei ihrem Besuch hatte Verteidigungsministerin von der Leyen vor einem Jahr die Notwendigkeit des Standorts und ihrer ABC-Abwehrspezialisten bekräftigt und die Ausgaben gerechtfertigt.